

(GR.12.32-1) Einbürgerungen; Kenntnisnahme bzw. Beschlussfassung

Gemäss schriftlicher Mitteilung hat die Kommission für Justiz (JUS) an ihrer Sitzung vom 27. Februar 2012 gestützt auf § 20 Abs. 1 des Dekretes über die Geschäftsführung des Grossen Rates (Geschäftsordnung [GO]) die Einbürgerung von 231 ausländischen Staatsangehörigen beschlossen.

Andreas Glarner, Oberwil-Lieli, gibt zu den Beschlüssen der Kommission für Justiz eine Stellungnahme ab.

Sämi Richner, Auenstein, stellt den Antrag: "Die Einbürgerung des Falles Nr. 14338 sei zwei Jahre zu sistieren und vor den Grossen Rat zu ziehen."

Rosmarie Groux, Berikon, nimmt als Subkommissionspräsidentin der Kommission für Justiz Stellung.

Gemäss Auskunft von Landammann Dr. Urs Hofmann (und bestätigt von Herbert H. Scholl, Präsident der Kommission für Justiz, Zofingen) ist ein Sistierungsentscheid gemäss Praxis des Verwaltungsgerichts nicht statthaft. Der Rat muss sich für oder gegen die Einbürgerung des Falls entscheiden.

Beschluss

1.
Der Rat beschliesst den Fall 14338 mit 66 gegen 57 Stimmen an den Rat zu ziehen.
 2.
Im Einbürgerungsfall 14338 wird die Einbürgerung mit 65 gegen 57 Stimmen beschlossen.
 3.
Von den übrigen 230 Einbürgerungsbeschlüssen der Kommission für Justiz wird mit 76 gegen 43 Stimmen Kenntnis genommen.
-

Protokollauszug

- Departement Volkswirtschaft und Inneres
- Parlamentsdienst

Präsident

Ratssekretär

Versand: